



# Eine Strategie für eine neue Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern

Positionspapier der  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 12. Dezember 2023

Die künftige Entwicklung Afrikas wird die Zukunft Europas und Deutschlands maßgeblich beeinflussen. Diese Erkenntnis setzt sich in Deutschland in zentralen Politikbereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts-, Innen- sowie der Entwicklungspolitik immer stärker durch. Umso wichtiger ist es, diese Zukunft aktiv zu gestalten und ein grundlegendes Konzept für eine strategische Neuausrichtung unserer Politik gegenüber unseren afrikanischen Partnern zu entwickeln.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag möchte mit dem vorliegenden Positionspapier den Rahmen für einen intensiveren politischen Austausch, neue außen- und sicherheitspolitische Kooperationen, eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit und bessere Entwicklungsperspektiven setzen und damit eine dringend notwendige Kurskorrektur einleiten. Wir wollen klare, strategische Prioritäten setzen, die zu mehr Stabilität, Wachstum und Wohlstand beitragen und friedensfördernd wirken. Unsere Zusammenarbeit basiert auf dem Fundament nationaler Souveränität und einem hieraus abgeleiteten respektvollen Umgang der Staaten miteinander, einem Verständnis für unterschiedliche Positionen und dem Bewusstsein für einen pragmatischen Umgang mit unterschiedlichen Ansichten und Interessen, die nicht aufgezwungen oder einseitig durchgesetzt werden können. Dabei sind wir uns auch unserer kolonialen Vergangenheit bewusst. Gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern wollen wir das 21. Jahrhundert zu einer Erfolgsgeschichte für die Entwicklung Afrikas und Europas machen – eine Partnerschaft in Vielfalt, die gemeinsame Ziele verfolgt.

Die von Bundeskanzler Scholz postulierte „Zeitenwende“ greift zu kurz, wenn sie sich allein auf die europäische Sicherheit und eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr fokussiert. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben weltpolitische Entwicklungen stattgefunden, die die deutsche Außenpolitik herausfordern; tektonische Verschiebungen, die in besonderem Maße auch Afrika betreffen und auch von Afrika ausgehen. Deshalb ist auch gegenüber unserem Nachbarkontinent eine „Zeitenwende“, d.h. eine grundlegende Neuorientierung unserer Politik, zwingend geboten. Mit dem vorliegenden Positionspapier wollen wir als CDU/CSU-Fraktion entscheidende Impulse für diese Neuorientierung liefern.

Dabei ist uns bewusst, dass Afrika ein Kontinent der Vielfalt ist. 54 Staaten haben ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Kulturen und noch mehr Sprachen. Die Unterschiedlichkeit der Staaten und ihrer jeweiligen Ausgangslage führt auch dazu, dass die Entwicklungswege höchst unterschiedlich sind. Analysen und Aussagen zu Afrika und der Zusammenarbeit mit seinen Staaten müssen diese Vielfalt berücksichtigen. Eine „one size fits all“-Strategie für Afrika verbietet sich. Nicht jede Aussage wird für alle 54 Staaten gelten und nicht jedes Ziel, das wir uns setzen, wird in allen Staaten gleichermaßen erreicht werden können. In manchen Staaten mögen Chancen deutlich überwiegen, in anderen Staaten stehen Risiken im Vordergrund. Beides kann sich im Zeitverlauf ändern, wie die Geschichte immer wieder gezeigt hat.

## I. AUSGANGSLAGE

### (1) Unser Blick auf Afrika muss sich ändern

Der afrikanische Kontinent wird in der deutschen Öffentlichkeit – in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik – oft noch immer als Krisenkontinent wahrgenommen. Kriege und Konflikte, Armut und Hunger, Krankheiten und Korruption dominieren die Schlagzeilen, obwohl sich zahlreiche afrikanische Staaten in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch befinden: Innovative afrikanische Startups tragen zu einem starken Wirtschaftswachstum bei, eine junge Mittelschicht wächst heran und bürgerliche Freiheiten sind in einigen afrikanischen Ländern deutlich ausgeprägter als in vielen anderen Teilen der Welt. Dennoch beeinflusst das Zerrbild des Krisenkontinents nach wie vor das Handeln von Wirtschaft und Politik. In der Folge wird der afrikanische Kontinent häufig einseitig aus einer entwicklungs- und sicherheitspolitischen Perspektive betrachtet. Dieser verengte Blick versperrt die Sicht auf die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen in einer ganzen Reihe afrikanischer Staaten und die sich auch für Deutschland und Europa ergebenden Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit diesen Ländern. Eine Strategie für Afrika darf daher nie nur eine Strategie für Krisen sein, sondern vor allem eine Strategie für Chancen und Fortschritt.

Zugleich erkennen wir die sicherheitspolitischen Herausforderungen: Nach einer Reihe von Putschen in Westafrika, einem neuen Gewaltausbruch im Sudan und einer weiter volatilen Lage in Äthiopien spannt sich ein Bogen der Instabilität von West- nach Ostafrika, dessen Auswirkungen uns in Europa unmittelbar berühren.

Die Geschichte des Kalten Kriegs, in dem Afrika Schauplatz der Systemauseinandersetzung war, darf sich in einem neuen Zeitalter, in dem Autokratien die internationale Ordnung bedrohen, nicht wiederholen. Ausgewählte afrikanische Akteure sollten als sicherheitspolitischer Partner betrachtet und gestärkt werden. Gleichzeitig verdienen die Länder Afrikas unser Vertrauen, innerafrikanische Lösungen auf die eigenen Probleme zu finden und die afrikanischen Erfahrungen im Kampf gegen islamistischen Extremismus und Terror, Korruption und Staatszerfall global einzubringen. Dafür braucht es unbedingt vertrauensvolle, von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehungen zu Ankerstaaten, die bereit sind, Sicherheitsverantwortung zu übernehmen und dafür im Gegenzug Unterstützung erhalten sollten.

Bis zur Covid-Pandemie verzeichneten zahlreiche afrikanische Staaten ein langjähriges Wirtschaftswachstum mit Wachstumsraten von weit über fünf Prozent pro Jahr. Zudem ist die makroökonomische Stabilität in Afrika seit 1990 kontinuierlich gestiegen, die Volatilität des realen Wachstums hat sich halbiert und die Inflationsvolatilität auf ein Drittel reduziert. Dies ist u.a. auf eine Stärkung der Institutionen, der Regierungsführung und des Geschäftsumfelds zurückzuführen. Staaten wie Äthiopien, Ruanda, Sierra Leone, Mosambik, Ghana und Uganda verzeichneten sogar über mehr als zehn Jahre ein reales Wirtschaftswachstum von jährlich über sieben Prozent, im Falle Äthiopiens sogar von mehr als zehn Prozent.

Zwar ist es zum Ende der 2010er Jahre und insbesondere in Folge der Covid-Pandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu einer Wachstumsdelle gekommen, die durch die Zinswende in den USA und Europa mitunter verschärft wurde. Vielen afrikanischen Staaten ist es jedoch gelungen, die wirtschaftliche Schwächephase hinter sich zu lassen. Hohe Wachstumsraten von zum Teil deutlich über fünf Prozent verzeichnen bereits wieder Senegal, Ruanda, Côte d'Ivoire, Mosambik, Benin und Gambia sowie Togo.

Auch wichtige Sozialindikatoren weisen etwa für Subsahara-Afrika in die richtige Richtung, wenngleich immer noch große Herausforderungen bestehen: So sank von 2000 bis 2019 der Anteil der absolut armen Bevölkerung von 57 Prozent auf 34,9 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Lebenserwartung von 51 auf 61 Jahre. Positive Trends sind auch beim Zugang zu sauberem Trinkwasser, den Impfquoten oder der Beschulung von Kindern zu verzeichnen.

Der afrikanische Kontinent ist so jung wie kein anderer Kontinent. Zudem wächst die Bevölkerung so schnell wie nirgendwo sonst. Heute leben 1,4 Mrd. Menschen in Afrika. Schon bald – im Jahr 2030 – werden es 1,7 Mrd. Menschen sein und damit mehr als in China oder Indien. Bis 2050 gehen die Vereinten Nationen (United Nations – UN) von 2,5 Mrd. Menschen in Afrika aus. Berechnungen zufolge werden im Jahr 2060 mehr als eine Milliarde Menschen in Afrika zur neuen Mittelschicht gehören – der Schicht, die Motor jeder Volkswirtschaft ist. Dabei gehen Prognosen auch davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren in Afrika mehr physische Infrastruktur gebaut werden muss als in den vergangenen 100 Jahren in Europa.

Neben der schnell wachsenden und jungen Bevölkerung auf dem Kontinent muss ebenfalls die besondere Rolle von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft thematisiert werden. Frauen sind eine treibende Kraft für Wirtschaft, Gesundheit und Bildung, werden aber häufig strukturell benachteiligt. Auf ihre Interessen muss in der Zusammenarbeit mit Afrika ein besonderer Fokus gelegt werden.

Eine wachsende Bevölkerung, eine beachtliche Wachstumsdynamik und eine immer größere Mittelschicht haben dazu beigetragen, dass Afrikas geopolitische und ökonomische Bedeutung in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Aber dies sind bei weitem nicht die einzigen Gründe für die steigende Bedeutung des Kontinents. Die EU-Mitgliedsstaaten und damit auch Deutschland sind in Folge eines weltweit wiederaufflammenden Wettbewerbs der politischen Systeme gefordert, ihre Volkswirtschaften neu auszurichten, bestehende einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu diversifizieren. Denn nicht zuletzt die Covid-Pandemie hat offenbart, wie abhängig Europa von einzelnen Ländern wie China in der gesamten Wertschöpfungskette geworden ist: Bei Rohstoffen wie Seltenen Erden, bei Zwischenprodukten, u.a. im Bereich erneuerbarer Energien und für den Export von erneuerbaren Energien selbst, z.B. als Wasserstoff (-derivate), und Endprodukten wie lebenswichtigen Medikamenten.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine weitere große Schwäche aufgedeckt: Die Europäische Union und insbesondere Deutschland hatten sich auch in der Energieversorgung von einem Land zu abhängig gemacht. Viele afrikanische Staaten sind wiederum stark von Getreide- und Düngemittellieferungen aus Russland und der Ukraine abhängig. Die für Deutschland und die Europäische Union notwendig gewordene Diversifizierung von Handels- und Investitionsbeziehungen mit dem Ziel eines „De-Risking“ ist für Afrika und Europa gleichermaßen von hohem Interesse und eröffnet vielfältige neue wirtschaftliche Chancen (u.a. in der Energieversorgung).

## **(2) Afrikas wachsende Rolle in der Welt**

China, Russland, aber auch die Türkei und einige finanzstarke Golfstaaten haben die Bedeutung und das Potenzial Afrikas längst erkannt. Während Deutschland und Europa in ihren Beziehungen zu Afrika eher auf Kontinuität setzten und nur vereinzelt neue Ansätze nutzten, bauen diese Akteure ihren Einfluss in afrikanischen Staaten seit Jahren systematisch aus und engagieren sich immer stärker vor Ort – politisch, militärisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Dies gilt insbesondere für China. Es stellte nicht nur umfangreiche Kredite für Infrastruktur-Investitionen bereit, sondern geriert sich auch politisch als Fürsprecher sowie Anwalt der Entwicklungsländer und versucht über den Kreis der sog. G77 seinen Einfluss zu kanalisieren und zu stärken. Zum Instrumentenkasten Chinas gehören u.a. Besuchsreisen für afrikanische Politiker, gezielte politische Schulungen entlang chinesischer Doktrinen, die Vergabe von Stipendien an afrikanische Studenten, der Aufbau von Konfuzius-Instituten, um die afrikanische Bevölkerung an die chinesische Sprache und Kultur, aber auch an die Denkweise der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) heranzuführen, sowie Publikation und Vertrieb eigener Zeitungen und Magazine in Afrika, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. All dies führt dazu, dass viele afrikanische Staaten eine engere Partnerschaft mit China eingehen und auch auf internationaler Bühne Positionen Chinas unterstützen, u.a. in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Zugleich nimmt die Gefahr einer immer größeren wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit zu, z.B. im Zusammenhang mit Investitionsprojekten der chinesischen „Belt-and-Road-Initiative“.

Bei großen Infrastrukturprojekten in Afrika kommen heute vielfach chinesische Unternehmen zum Zug, die regelmäßig die dafür erforderlichen Arbeiter aus China mitbringen. Dadurch wird die Wertschöpfung vor Ort, die so wichtig ist, um Arbeitsplätze für die junge afrikanische Bevölkerung zu schaffen, erheblich eingeschränkt.

Auch Russland hat seine Bemühungen um afrikanische Staaten ausgebaut und ist bestrebt, seinen politischen Einfluss in Afrika u.a. mit Hilfe von Desinformationskampagnen – wie erst jüngst gegen die französische Präsenz in Westafrika zu beobachten war –, aber auch mit wirtschaftlichen Maßnahmen sowie militärischen und paramilitärischen Mitteln zu vergrößern. Russland nutzt die Nachfrage nach

Rüstungsgütern in etlichen Staaten Afrikas, um strategische Abhängigkeiten zu schaffen und damit politische Einflussmöglichkeiten und Zugänge zu Rohstoffquellen zu gewinnen. Die Präsenz der „Wagner-Gruppe“ spielt in einigen afrikanischen Staaten, die auch für die EU und Deutschland sicherheitspolitisch von hoher Bedeutung sind, eine immer größere Rolle. Insgesamt ist Russland damit in der Lage, einzelne Regionen in Afrika zu destabilisieren. Das Land tritt damit in Afrika als destruktiver, nicht aber als positiv gestaltender Akteur auf.

Die jüngst beschlossene Erweiterung der „BRICS“-Gruppe zu einer BRICS+, der mit Ägypten, Äthiopien und Südafrika zukünftig drei afrikanische Staaten angehören werden, stellt uns als Deutschland und EU vor strategische wie konzeptionelle Herausforderungen. Diese Entwicklung ist nicht nur ein weiterer Ausdruck dafür, dass sich die internationale Ordnung im Umbruch befindet und Afrika eine wachsende Bedeutung zukommt, sondern auch dafür, dass die bestehenden internationalen Strukturen von Teilen der Weltgemeinschaft als inadäquat und ungerecht wahrgenommen werden. Deutschland sollte Bedenken dieser Art auf afrikanischer Seite ernst nehmen, den Austausch hierzu suchen und mit afrikanischen Partnern bei der Reform internationaler Strukturen zusammenarbeiten. Die Aufnahme der Afrikanischen Union (AU) in den Kreis der G20 ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Blick auf die europäisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen zeigt: Noch ist die EU Afrikas größter Handelspartner. So lag der Anteil der EU-27-Staaten an den gesamten Ein- und Ausfuhren nach und aus Afrika im Jahr 2021 bei 23 Prozent, allerdings mit stark rückläufiger Tendenz (2019: 27 %; 2020: 25,6 %). Hingegen konnte China seinen Anteil in den letzten Jahren deutlich ausbauen und auf 22 Prozent steigern (2019: 9,2 %; 2020: 19,7 %). Die EU-27-Staaten halten mit 212 Milliarden Euro immer noch den höchsten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Afrika; gefolgt vom Vereinigten Königreich und den USA mit jeweils 41 Milliarden Euro sowie China mit 39 Milliarden Euro (2018). Während China, aber auch andere europäische Staaten (v.a. Frankreich und das Vereinigte Königreich) ihr Afrika-Engagement deutlich steigern konnten, kommt Deutschlands wirtschaftliches Engagement in Afrika nicht richtig in Schwung.

So stieg der Bestand deutscher Direktinvestitionen im Zeitraum von 2003 bis 2021 um das 2,6-fache auf 11,5 Milliarden Euro (2021), stagniert aber bereits seit mehr als zehn Jahren auf diesem Niveau, während China seinen Bestand an Direktinvestitionen im gleichen Zeitraum, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau, knapp verneunzigfachen konnte.

Im Jahr 2019 gingen lediglich knapp ein Prozent der Auslandsdirektinvestitionen der deutschen Wirtschaft nach Afrika. Zudem konzentrieren sich die Investitionen deutscher Unternehmen nur auf wenige Länder, insbesondere auf Südafrika. Das zeigt, dass Afrika für Deutschland als Handels- und Investitionspartner – verglichen mit anderen Weltregionen - nach wie vor nur eine kleine Rolle spielt.

Im Systemwettbewerb mit China und anderen autokratischen Staaten wird es auch in Afrika darum gehen, ob es uns als Teil der demokratisch verfassten, die regelbasierte Ordnung stärkenden Staatenwelt gelingt, attraktive Angebote zu unterbreiten: Angebote im beiderseitigen Interesse; Angebote, die weder direkt noch indirekt als moralistisch, paternalistisch oder als illegitimer Eingriff in innere Angelegenheiten wahrgenommen werden.

Wir wollen neue Partnerschaften mit afrikanischen Ländern etablieren und unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen deutlich intensivieren, indem wir gemeinsame Interessen identifizieren und unsere Zusammenarbeit darauf aufbauen. Wir treffen in Afrika auf selbstbewusste Partner mit eigenen Ideen, klaren Vorstellungen und einem großen Gestaltungswillen. Umso entscheidender ist es, dass wir neue Kooperationskonzepte und -formate gemeinsam mit den afrikanischen Staaten ausarbeiten.

### **(3) Afrikas Vielzahl interner Herausforderungen**

In einer Welt im Umbruch hat Afrika mit einer Bevölkerung von derzeit 1,4 Mrd. Menschen, einer wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung und einem großen kulturellen Erbe immer mehr Gewicht und bringt dieses auch auf internationaler Bühne offensiv ein. Nach wie vor leisten zahlreiche der 54 afrikanischen Staaten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der regelbasierten Ordnung. Vor diesem Hintergrund liegt es auch in unserem Interesse, dass die Stimme afrikanischer Staaten in internationalen Gremien, z.B. den Vereinten Nationen, ein größeres Gewicht erlangt.

Der sich immer stärker abzeichnende Systemwettbewerb zwischen jenen Staaten, die die bestehende internationale regelbasierte Ordnung erhalten und stärken wollen, und jenen, die diese Ordnung bewusst in ihrem Sinne verändern wollen, erschwert jedoch eine engere Zusammenarbeit in internationalen Gremien. Diese bräuchte es aber, um den Herausforderungen unserer Zeit noch entschlossener entgegenzutreten zu können. Der Kampf gegen die Armut und den Klimawandel, von dessen Auswirkungen Afrika schon jetzt überproportional betroffen ist, sind nur zwei Beispiele hierfür.

Die wachsende Stärke unseres Nachbarkontinents darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zahlreiche afrikanische Staaten mit z.T. großen Herausforderungen, etwa in den Bereichen Ernährung, Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur und Verwaltung konfrontiert sind, die die wirtschaftliche Entwicklung bremsen. Hinzu kommen in verschiedenen afrikanischen Staaten mangelnde Rechtssicherheit sowie Korruption. Sie erhöhen nicht nur die Transaktionskosten für Wirtschaft und Gesellschaft, sondern erschweren auch das Alltagsgeschäft vieler afrikanischer Regierungen und ihrer Bevölkerungen.

Besonders schwierig ist die Lage in Teilen der Sahelzone (Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad), aber auch in Libyen und am Horn von Afrika, wo die Regierungen kaum noch in der Lage sind, essenzielle staatliche Aufgaben zu

erfüllen. Dort kommen mehrere Risikofaktoren zusammen und bilden eine gefährliche Gemengelage. Die betroffenen Staaten befinden sich aufgrund politischer Instabilität, grassierender Korruption, regionaler und ethnischer Spannungen und einem sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommen in einer sozio-ökonomischen Krise, die durch ein extrem hohes Bevölkerungswachstum und die Folgen des Klimawandels noch verschärft wird. Sehr geringe Niederschläge bzw. Starkregen erschweren in der Region die Nahrungsmittelversorgung.

Auf der Suche nach einem „besseren Leben“ machen sich viele Menschen aus den betroffenen Gebieten auf den Weg in die angrenzenden, wirtschaftlich stärkeren Küstenländer oder direkt nach Europa.

Gleichzeitig findet der islamistische Terrorismus, dem sich viele auch aus nichtreligiösen Gründen, sondern zur Einkommenssicherung angeschlossen haben, in der Sahel-Region mittlerweile ein ideales Umfeld für seine Aktivitäten. Dies ist der Hauptgrund unseres Engagements in dieser Region, welches wir neu definieren und wo erforderlich, verstärken müssen.

Während in einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums die Zinslast staatlicher Infrastrukturinvestitionen in den Haushalten vieler afrikanischer Staaten finanziell darstellbar war, hat die Covid-Pandemie und die damit einhergehende wirtschaftliche Schwächephase die finanziellen Spielräume vieler Staaten deutlich eingeschränkt. Zudem sind die Staaten Afrikas als Kreditnehmer von den Folgen der Zinswende zur Inflationsbekämpfung in der EU und den USA betroffen. Als Folge droht einzelnen afrikanischen Staaten nun eine Überschuldung, die die budgetären Handlungsspielräume für notwendige Investitionen in wichtigen Bereichen wie Ernährung, Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur erheblich einschränkt. Ein nachhaltiges Schuldenmanagement ist daher ein zentrales Anliegen, das wir gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern und anderen nationalen, internationalen und privaten Gläubigern realisieren müssen.

#### **(4) Entwicklungszusammenarbeit in Afrika: Die Wahrnehmung des deutschen und europäischen Engagements**

Deutschlands politisches Engagement in Afrika konzentriert sich nach wie vor stark auf die Entwicklungszusammenarbeit und umfasst in nur geringem Maße außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Aspekte. Eine Ausnahme bildete bisher die Bundeswehrpräsenz im Sahel. Wenngleich die Entwicklungszusammenarbeit von den Vertretern der Staaten immer noch vorwiegend positiv aufgenommen wird, so erfüllt dieses Engagement häufig nicht afrikanische, auf eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung abzielende Vorstellungen und Interessen – weder der Bevölkerung noch der Eliten. Hinzu kommt ein Missverhältnis zwischen der Leistung sowie Wahrnehmung und Sichtbarkeit entwicklungspolitischer Unterstützung Deutschlands und der EU. So gelingt es z.B. China viel besser, das eigene Engagement prominent zu platzieren und zu vermarkten (z.B. bei wichtigen Infrastrukturprojekten). Dies hat China auch in der Covid-Pandemie medial geschickt zur Förderung des eigenen Images zu nutzen gewusst. Hinzu kommt,

dass unsere entwicklungspolitischen Beiträge häufig zu kleinteilig, zu versteckt und überdies zu uneinheitlich gelabelt sind.

Vor diesem Hintergrund muss der „Team Europe“-Ansatz – das gemeinsame und abgestimmte außen- und entwicklungspolitische Handeln der EU - deutlich ausgebaut und mit einer klugen Kommunikationsstrategie verknüpft werden. Deutschland muss hier als wirtschaftlich stärkster Akteur Europas eine führende Rolle einnehmen. Wir müssen uns dabei auch stets der Perzeption einzelner europäischer Akteure bewusst sein und dies bei der Ausgestaltung unseres Engagements in Afrika berücksichtigen. Neue politische Ansätze wie die „Global Gateway Initiative“, die die europäischen Beiträge zum Infrastrukturausbau in Afrika bündeln und sichtbarer machen sollen, müssen deshalb gestärkt, mit Koordinierungskompetenz ausgestattet und finanziell unterfüttert werden.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Drittstaaten – sowohl seitens der EU als auch durch Deutschland – setzt aber auch voraus, dass diese ihre grundlegende völkerrechtliche Pflicht zur Rücknahme eigener Staatsangehöriger beachten. Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung sollten hier alle zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen, um die Bereitschaft der Herkunftsländer zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu fördern.

#### **(5) Die Grenzen der Entwicklungszusammenarbeit**

Die von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich Deutschland, finanzierten entwicklungspolitischen Maßnahmen in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Ernährung und Gesundheit, Bildung und berufliche Bildung, Verkehr, Wasser und Abwasser, Umwelt-, Klimaschutz, Bewahrung der Schöpfung und Energie sowie gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Staatsaufbau haben in einigen afrikanischen Staaten zum Teil zu einer Verbesserung der Sozialindikatoren beigetragen. Um die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen („Agenda 2030“) zu unterstützen, sollten daher entwicklungspolitische Instrumente weiterhin zum Einsatz kommen, insbesondere jene, die die gute Regierungsführung als Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung stärken.

Dennoch muss kritisch hinterfragt werden, wie wirksam das bisherige entwicklungspolitische Handeln war und inwieweit es tatsächlich zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat und beitragen kann. Denn Entwicklungszusammenarbeit kann über die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Bildung oder Infrastruktur dazu beitragen, Voraussetzungen für Investitionen zu schaffen, doch ist sie nur sehr begrenzt in der Lage, nachhaltige, auskömmlich bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Chancen und langfristigen Perspektiven der Bevölkerung zu verbessern.

Die letzten Jahrzehnte haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass die Entwicklungszusammenarbeit jedenfalls allein nicht in der Lage ist, die großen Herausforderungen afrikanischer Staaten grundlegend und maßgeblich zum

Positiven zu verändern. Dafür ist die Entwicklungszusammenarbeit sowohl in Deutschland als auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten und in der EU finanziell viel zu gering ausgestattet. Dies wird sich angesichts der vielen globalen Krisen, der damit verbundenen Ausgaben und des Haushaltsdrucks mittelfristig auch nicht ändern. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass die begrenzten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zielgerichtet und konzentriert so eingesetzt werden und den Rahmen für privatwirtschaftliches Engagement verbessern.

Hinzu kommt, dass die Entwicklungspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten trotz des „Team Europe“-Ansatzes untereinander noch immer zu wenig koordiniert sind, so dass sie kaum eine Hebelwirkung entfalten können. Hinzu kommt ebenfalls eine Überforderung von Ministerien und staatlichen Organisationen in Afrika, die mit der Administration einer Vielzahl von kleinteiligen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit unterschiedlichster Länder konfrontiert sind und deshalb ihrer eigentlichen Arbeit kaum noch nachkommen können.

Der Schlüssel für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand ist das privatwirtschaftliche Engagement – sind Handel und Investitionen – entweder aus der heimischen Bevölkerung oder aus dem Ausland heraus. Der Privatsektor ist der maßgebliche „Enabler“ für Entwicklung. Deshalb wollen wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Entwicklungszusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung sehr eng miteinander verzahnen und so zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in afrikanischen Ländern beitragen. Dafür müssen die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern so ausgestaltet werden, dass sie der Entwicklung der Privatwirtschaft, dem Außenhandel sowie Investitionen aus dem Ausland nicht entgegenstehen. Eine gute Regierungsführung, die die Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit (u.a. die Wettbewerbsordnung und Rechtsdurchsetzung) stärkt, funktionsfähige Verwaltungsinstitutionen (z.B. Katasterämter) schafft und der Korruption entgegentritt, fördert das privatwirtschaftliche Engagement in Afrika. Gleichzeitig müssen die Wettbewerbsnachteile für afrikanische Länder und europäische Unternehmen, die mit afrikanischen Ländern Handel betreiben und vor Ort investieren wollen, systematisch abgebaut werden.

In der letzten Legislaturperiode ist die Bundesregierung wichtige Schritte gegangen, ihr wirtschaftspolitisches Engagement auf dem afrikanischen Kontinent u.a. mit dem Marshallplan mit Afrika, dem „Compact with Africa“ und dem darauf aufbauenden Entwicklungsinvestitionsfonds zu vergrößern, also verstärkt auf wirtschaftliche Zusammenarbeit zu setzen. Die jetzige Bundesregierung fällt jedoch in alte Denkmuster der Entwicklungshilfe zurück und weist der Stärkung des privatwirtschaftlichen Engagements nur noch eine untergeordnete Rolle zu. Dies ist eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung.

## **II. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

„Africa is the future. Where are you?“ Das sind die Worte, mit denen deutsche Regierungs- und Wirtschaftsvertreter immer häufiger von ihren afrikanischen

Counterparts konfrontiert werden. Sie unterstreichen das afrikanische Selbstbewusstsein sowie den weltweit zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Einfluss afrikanischer Staaten. Und sie machen deutlich, dass sich viele Staaten unseres Nachbarkontinents ihre Partner mittlerweile aussuchen können.

Deutschland und die EU sind deshalb gefordert, ihre strategischen Interessen gegenüber den afrikanischen Partnern klar zu formulieren. Dabei kommt der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, außen- und sicherheitspolitischen Interessen sowie der Reform multilateraler Kooperationsplattformen, wie UN, G20 oder WTO, eine besondere Bedeutung zu. Vor allem bei letztgenanntem Punkt ist eine enge Abstimmung mit unseren Partnern in der EU, NATO und G7 erforderlich.

### **(1) Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten systematisch ausbauen**

Afrika ist längst nicht mehr allein auf Europa angewiesen und hat die Wahl: China, die Türkei, finanzstarke Golfstaaten, aber auch andere Länder bieten sich als alternative Partner an – weniger als Geber von an Bedingungen geknüpften Entwicklungsgeldern, sondern vielmehr als Wirtschaftspartner mit einem Fokus auf Außenhandel und Direktinvestitionen (v.a. Infrastrukturprojekte). Dies entspricht auch dem Selbstverständnis vieler Partner in Afrika, die Europa und Deutschland regelmäßig mit der Forderung konfrontieren: „Focus on trade, not aid!“

Auch Deutschland sollte daher neben dem südost- und ostasiatischen Markt andere Wachstumsmärkte wie Afrika verstärkt in den Blick nehmen. Denn unser Nachbarkontinent ist von strategischer Bedeutung. Eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten bietet die Chance, auf unserem Nachbarkontinent eine verarbeitende Industrie aufzubauen, zukunftsweisende Arbeitsplätze zu schaffen, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, Europas und Deutschlands Lieferketten zu diversifizieren und damit einseitige Abhängigkeiten unseres Landes (v.a. vom chinesischen Markt) zu reduzieren.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, einmal jährlich eine von ihr initiierte, hochrangige deutsch-afrikanische Wirtschaftskonferenz mit wechselnden Schwerpunktländern durchzuführen, zu der deutsche und afrikanische Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammenkommen, um über gemeinsame wirtschaftliche Interessen und neue Kooperationsfelder zu diskutieren und gemeinsame Interessen zu definieren.

Wir fordern einen strukturierten Austausch mit der deutschen Wirtschaft, der differenziert nach afrikanischen Partnerländern und -regionen erfolgt (z.B. im Vorfeld bilateraler Regierungsverhandlungen), um die dortigen Marktchancen zu erörtern, Handels- und Investitionshemmnisse ausfindig zu machen und die den Staat betreffenden Kernanliegen der deutschen Wirtschaft zu identifizieren.

Es gibt zu viele Beratungsstellen des Bundes mit verschiedensten Angeboten, die gerade für kleine und mittlere Unternehmen zu undurchsichtig sind. Deshalb fordern wir eine Erstanlaufstelle für Unternehmen, die den Weg auf den afrikanischen Kontinent gehen wollen und auf eine fachkundige Beratung (u. a. Marktbeobachtung und -analyse, Förderprogramme) aus einer Hand angewiesen sind. Wir begrüßen deshalb, dass die Geschäftsstelle des Wirtschaftsnetzwerks Afrika in die Germany Trade and Invest (GTAI) GmbH überführt wurde und damit Beratungsangebote zusammengeführt werden. Dieser Weg sollte konsequent weitergegangen werden. In diesem Sinne sollten auch die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung (AWE) und die GTAI fusioniert werden.

In deutschen Botschaften und Auslandsvertretungen auf dem afrikanischen Kontinent muss die Dienstleistungsmentalität bei wirtschaftlichen Fragestellungen verstärkt Einzug halten, auch gegenüber Anliegen externer Akteure, z.B. Wirtschaftsvertretern aus Deutschland. Denn gerade in Afrika benötigen deutsche Unternehmen bei der Planung neuer Geschäftstätigkeiten immer wieder Hilfestellungen von Mitarbeitern der Botschaften und Auslandsvertretungen. Ebenso könnte ein verstärkter Einsatz von Wirtschaftsreferenten helfen, deutschen Unternehmen den Weg in afrikanische Märkte zu erleichtern.

#### **a) *Alte Denkmuster überwinden, die Rolle der Privatwirtschaft stärken***

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Afrika war über viele Jahre von kleinteiligen Entwicklungshilfeprojekten mit stark divergierenden Zielsetzungen geprägt, die selbst in der Summe zu einer schwer messbaren wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben. Mit dem Amtsantritt von Entwicklungsminister Gerd Müller begann ein Kurswechsel, der dem privatwirtschaftlichem Engagement eine wesentlich größere Rolle zusprach. Der 2019 geschaffene und rund eine Milliarde Euro umfassende Entwicklungsinvestitionsfonds des BMZ war ein Meilenstein zur Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten in den „Compact with Africa“ (CwA)-Staaten. Mit „Africa Grow“ und „Africa Connect“ schuf das BMZ zwei Finanzierungsinstrumente, die afrikanischen Startups Wagniskapital bereitstellen und deutschen und europäischen Unternehmen den Markteintritt durch verbesserte Finanzierungskonditionen erleichtern sollen. Dieser Ansatz wurde durch andere Instrumente der KfW-Entwicklungsbank und ihrer Tochter Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) unterstützt. Auch wenn diese Instrumente nach dem Regierungswechsel im Jahr 2021 fortgeführt wurden, hat das BMZ mit seiner im Januar 2023 veröffentlichten Afrikastrategie doch einen deutlichen Kurswechsel vollzogen, der die Förderung privatwirtschaftlichen Engagements wieder in den Hintergrund rücken lässt. Das ist der falsche Weg, denn er ignoriert nicht nur afrikanische Interessen, sondern auch ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die für jede wirtschaftliche Entwicklung zu beachten sind.

Wer in Afrika Armut bekämpfen und Wohlstand schaffen will, der muss der Privatwirtschaft eine noch viel größere Aufmerksamkeit schenken und insbesondere den Aufbau von Wertschöpfungsketten vor Ort in den Blick nehmen. Zurzeit kommen nur sieben Prozent der weltweit produzierten Güter aus afrikanischen

Staaten. Eine Veredelung bzw. Verarbeitung von Rohstoffen findet vor Ort so gut wie gar nicht statt – weder bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch bei mineralischen Rohstoffen. Es braucht daher einen grundlegenden Mentalitätswandel, eine enge Verzahnung zwischen Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, um zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum beizutragen.

### **b) Handel und Investitionen erleichtern**

#### Förder- und Finanzierungsinstrumente neu ausrichten

Die wirtschaftlichen Risiken beim Markteintritt deutscher Unternehmen sind in vielen afrikanischen Ländern immer noch hoch. Die jetzigen Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung, etwa die Exportkredit- und Investitionsgarantien, bilden zwar eine wichtige Grundlage für die Absicherung deutscher Exporte und Investitionen, doch gerade in Afrika greifen sie vielfach zu kurz. Hinzu kommt, dass Staaten wie die USA, China und Großbritannien, aber auch EU-Mitgliedsstaaten wie Italien, Belgien und die Niederlande ihre Förder- und Finanzierungsinstrumente in den vergangenen Jahren erheblich nachgeschärft und Exportstrategien entwickelt haben, um ihren heimischen Unternehmen den Eintritt u. a. in die mit höherem Risiko verbundenen afrikanischen Märkte zu erleichtern. Dies hat die relative Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft deutlich reduziert, was die jüngst veröffentlichte Benchmarkstudie „Learning from Others: Officially Supported Export Credits for Sub-Saharan Africa“ (Hochschule Offenburg) eindrücklich unter Beweis stellt. In der Folge kommen mittelständische deutsche Unternehmen bei Auftragsvergaben in Afrika immer seltener zum Zug und auch die deutsche Industrie erhält immer seltener den Zuschlag für Infrastrukturprojekte, etwa im Klima- und Energiebereich.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, die staatliche Risikoabsicherung deutlich zu verbessern und ein Ökosystem zu schaffen, welches deutschen Unternehmen das wirtschaftliche Engagement in Afrika deutlich erleichtert. Dafür brauchen wir eine bessere Absicherung von politischen und wirtschaftlichen Risiken und eine weitere Reduzierung der Selbsthalte. Zudem sollte eine höhere Risikoabsicherung auch Möglichkeiten zur Absicherung von Währungsrisiken umfassen. Denn immer wieder kommt es in afrikanischen Staaten auch zu Devisenbeschränkungen, die die Handels- und Investitionsgeschäfte von privaten Unternehmen erheblich erschweren.

Darüber hinaus müssen exportorientierte und investitionsbereite Unternehmen bessere Finanzierungsmöglichkeiten für ihre jeweiligen afrikanischen Zielländer erhalten. Hierzu sollte sich die Bundesregierung an afrikanischen Entwicklungsbanken beteiligen und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) der KfW-Bankengruppe mit der Finanzierung von Exportgeschäften, insbesondere kleinerer Exportgeschäfte von bis zu zehn Millionen Euro, beauftragen. Mit diesem staatlichen Engagement bei der Exportfinanzierung sowie der staatlichen Absicherung von Exportgeschäften durch Exportkreditgarantien können so

auch private Banken ermutigt werden, die Exportgeschäfte von Unternehmen verstärkt zu finanzieren. Wir setzen uns zudem dafür ein, in vielversprechenden afrikanischen Märkten Finanzierungs-kompetenzzentren des staatlichen Exportversicherers Euler-Hermes einzurichten, um die Marktakteure (Exporteur, Importeur und Finanzierer) schnell und zielgerichtet zusammenzubringen und zu beraten, so wie dies jüngst in Abidjan (Cote d'Ivoire) bei der Delegation der Deutschen Wirtschaft erfolgt ist.

Wir wollen nicht nur mit erweiterten und vergünstigten Garantien sowie verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten, sondern auch mit projektbezogenen Zuschusselementen gezielt Anreize für ein größeres wirtschaftliches Engagement deutscher Unternehmen in afrikanischen Staaten setzen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, den Wirtschaftsfonds Afrika (liefergebundene Kredite mit Schenkungsanteil in Einklang mit OECD-Kriterien) endlich auf mehrere Jahre budgetiert umzusetzen und so auszugestalten, dass er für Handels- und Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen genutzt werden kann und ein Level-Playing-Field mindestens im Wettbewerb mit anderen OECD-Ländern hergestellt wird.

Wir brauchen eine kontinuierliche politische und finanzielle Unterstützung deutscher Unternehmen, die über den gesamten Projektzyklus erfolgt. Die bisherigen Unterstützungsangebote der Bundesregierung fokussieren sich vor allem auf die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der Erschließung von afrikanischen Märkten. Es fehlen Unterstützungsmaßnahmen bei der Projektentwicklung und Finanzierung von Projekten in Afrika, vor allem mit einem Projektvolumen unter fünf Millionen Euro.

Wir wollen, dass bei Ausschreibungen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit Faktoren wie Qualität technologischer Standards, Lebenszykluskosten, Nutzung lokaler Arbeitskräfte und Maßnahmen wie Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten bei den Vergabeentscheidungen stärker gewichtet werden als bisher. Die dafür von der KfW-Entwicklungsbank in Zusammenarbeit mit der Industrie entwickelte „KfW-Toolbox zur nachhaltigen Auftragsvergabe“ sollte vermehrt zum Einsatz kommen. Dies bietet auch die Möglichkeit, dass deutsche Unternehmen eine größere Chance bei den Ausschreibungen erhalten. Die Nutzung bereits vorhandener Spielräume in den regulatorischen Rahmenbedingungen verringert die Wahrscheinlichkeit, dass vom deutschen Staat finanzierte Entwicklungsprojekte (u.a. Infrastrukturprojekte) an systemische Rivalen vergeben werden, die dann obendrein mit der Umsetzung dieser Projekte in den Partnerländern für sich werben. Dies kann nicht im deutschen Interesse sein.

Deutschland sollte sich zudem im Rahmen des laufenden Überprüfungsprozesses des Regelwerks zur Lieferaufbindung des OECD Development Assistance Committee dafür einsetzen zu prüfen, ob und inwieweit eine Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen für Projektvergaben möglich ist. Auch wenn laut OECD-Leitlinien für Official Development Assistance (ODA) eine Bindung von Entwicklungskrediten an Unternehmen des jeweiligen Geberstaates nicht möglich

ist, so zeigen die Statistiken, dass andere Staaten bei den Ausschreibungsbedingungen ein deutlich pragmatischeres Vorgehen pflegen. Während in Australien, Finnland, USA, Kanada und Japan einer OECD-Studie von 2022 zufolge mehr als 75 Prozent der über bilaterale Entwicklungszusammenarbeit vergebenen, vertragsgebundenen Mittel an heimische Unternehmen in Form von Aufträgen zurückfließen, liegt dieser Anteil in Deutschland bei nur etwa zehn Prozent.

Wir brauchen grundsätzlich eine flexiblere und schnellere Kreditvergabe bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten in afrikanischen Partnerländern, ohne dabei Qualitätsstandards in der Projektplanung außen vor zu lassen. Die langwierigen und häufig Jahre andauernden Vertragsverhandlungen sind für unsere afrikanischen Partner jedoch nicht attraktiv. Gerade die politischen Akteure, die sich in demokratischen Wahlen zur Wiederwahl stellen müssen, sind darauf angewiesen, gegenüber ihrer Bevölkerung und ihrer Wirtschaft schnelle Entwicklungserfolge vorweisen zu können.

Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, die neuen klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkredit- und Investitions Garantien zu überarbeiten. Denn sie verhindern etwa in Schwellen- und Entwicklungsländern, dass die Nachrüstung fossiler Kraftwerke mit emissionsmindernden Technologien aus Deutschland finanziell abgesichert werden kann. Dies schadet sowohl dem Klimaschutz als auch der wirtschaftlichen Entwicklung in den betroffenen Staaten. Die aktuelle Bundesregierung schlägt mit ihren klimapolitischen Sektorleitlinien einen Sonderweg ein, der von anderen EU-Ländern nicht mitgetragen wird.

In diesem Zusammenhang ist auch Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens zu sehen. Dieser bietet den Vertragsstaaten die Möglichkeit, bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele zusammenzuarbeiten, und bildet die Basis für marktbasierter Klimaschutz. Damit wird für die Industrienationen ein Anreiz gesetzt, in Klimaschutzmaßnahmen in anderen Staaten zu investieren und sich diese teilweise auf die eigenen Klimaziele anrechnen zu lassen. Den Entwicklungs- und Schwellenländern würde die Anwendung von Artikel 6 den Start bzw. den Übergang in eine klimafreundliche Wirtschaft ermöglichen (Leapfrogging). Die Bundesregierung lässt die Möglichkeiten, die Artikel 6 bietet, bislang ungenutzt.

#### Infrastrukturvorhaben voranbringen – „Global Gateway Initiative“

Egal ob Kraftwerke, Stromnetze oder Verkehrswege - große Infrastrukturvorhaben können ein „Game Changer“ für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sein. Umso wichtiger ist es, afrikanische Staaten und Unternehmen bei der Realisierung entsprechender Vorhaben zu unterstützen. Deutsche Unternehmen sind jedoch regelmäßig zu klein, um bei großvolumigen Infrastrukturprojekten zum Zug kommen zu können. Deshalb brauchen wir vermehrt europäische Konsortien, in die deutsche Unternehmen ihr Know-how einbringen und damit auch in anspruchsvollen Märkten zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen können.

Mit der „Global Gateway Initiative“ hat die Europäische Kommission im Februar 2022 erstmals einen Rahmen für kohärente und substanzielle Infrastrukturinvestitionen vor allem in Afrika gesetzt und damit eine Antwort auf die chinesische „Belt-and-Road-Initiative“ gegeben. Mit der Initiative sollen bis zum Jahr 2027 rund 150 Mrd. Euro für Infrastrukturinvestitionen in Afrika mobilisiert werden. Wir wollen, dass die Mittel und Projekte der „Global Gateway Initiative“ zu einer Stärkung der europäisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Allerdings hinken sowohl die EU als auch ihre Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung deutlich hinterher. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie Kräfte bündelt und entscheidende Impulse zur Umsetzung der „Global Gateway Initiative“ gibt. Dies muss mit Kohärenz im Innern und mit der Bereitschaft verbunden sein, Steuerungskompetenzen auf die EU zu übertragen. Nur mit einem robusten Ansatz wird es uns als Europäer gelingen, eine ernsthafte und attraktive Alternative zur chinesischen „Belt-and-Road-Initiative“ zu schaffen.

Dabei muss die „Global Gateway Initiative“ dringend als politisch-strategisches Konzept angelegt werden. Hierbei muss unter Beweis gestellt werden, dass die Außen-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Handelspolitik keine unabhängig voneinander operierenden Säulen sind. Die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten sowie der EU-Kommission müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass sie der „Global Gateway Initiative“ eine strategische Schlagkraft verleihen. Zudem ist eine enge Abstimmung im Rahmen der Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (Partnership for Global Infrastructure and Investment – PGII) erforderlich, die von den G7 beschlossen wurde.

#### Die panafrikanische Freihandelszone unterstützen, regionale Handelsabkommen zum Abschluss bringen

Wenn Unternehmen innerhalb Afrikas Handel treiben, sind sie häufig mit höheren Zöllen konfrontiert als bei Exporten auf andere Kontinente. Das verdeutlicht auch der Blick auf den innerafrikanischen Handel: Gerade einmal 14,4 Prozent aller afrikanischen Exporte verbleiben auf dem afrikanischen Kontinent (in der EU sind es etwa zwei Drittel). Die panafrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA) mit mehr als 50 Mitgliedsstaaten und 1,4 Mrd. Menschen weist in die richtige Richtung, weil dadurch der innerafrikanische Handel gestärkt und positive Wohlfahrtseffekte generiert werden können. Die Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) geht davon aus, dass allein bei einem Wegfall bestehender Importzölle zwischen afrikanischen Staaten der innerafrikanische Handel um über 50 Prozent ansteigen würde.

Allerdings sind noch große Anstrengungen erforderlich, damit das Freihandelsprojekt, das noch weit von einer umfassenden Umsetzung entfernt ist, sein volles Potenzial entfalten kann. Deshalb schreiben Deutschland und die EU in ihrer Afrikapolitik der wirtschaftlichen Integration afrikanischer Staaten eine hohe Bedeutung zu. Die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und die Afrikanische Union sollten umfassende fachliche Unterstützung bei der Umsetzung der AfCFTA erhalten und hierbei auch auf die Erfahrungen und das Know-how der EU

zurückgreifen können, sofern dies von den Mitgliedsstaaten der AfCFTA gewünscht wird. Je zügiger die afrikanischen Länder die panafrikanische Freihandelszone AfCFTA verwirklichen, umso attraktiver wird der Kontinent für wirtschaftliche Aktivitäten. Deshalb sollte die EU perspektivisch auch eine Freihandelszone mit Afrika anstreben, sobald die Rahmenbedingungen dies zulassen.

Einen wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Vertiefung der Handelsbeziehungen stellt die Ratifizierung der bereits zwischen der EU und afrikanischen Regionen ausverhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) dar. Es ist bedauerlich, dass Deutschland aufgrund von entwicklungspolitischen Bedenken bislang noch kein einziges EPA ratifiziert hat. Die Bedenken, die teilweise auch auf afrikanischer Seite bestehen, sollten in intensiven Gesprächen mit afrikanischen, deutschen und europäischen Partnern erörtert werden, um hier zu raschen Lösungen zu kommen.

### **c) Chancen des Tourismus nutzen**

In vielen Ländern Afrikas hat der Tourismus eine nicht zu unterschätzender Bedeutung, fördert lokale Wirtschaftskreisläufe und trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Beispiele hierfür sind Marokko, Tunesien, Ägypten, Kenia, Tansania, Namibia sowie vor allem die Seychellen, Mauritius und die Kapverdischen Inseln. Der Tourismus kann unter Einhaltung der internationalen Abkommen und Vereinbarungen zum Arten-, Natur-, Klima- und Umweltschutz wie beispielsweise dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA), dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (COP 15) und dem sog. Pariser Klimaschutzabkommen auch traditionelle, naturverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsformen unterstützen. Außerdem leistet er vielerorts einen wichtigen Beitrag für den Erhalt von Naturschutzgebieten mit oft einzigartiger Tierwelt. In einigen afrikanischen Ländern fällt die durch die Tourismuswirtschaft generierte lokale Wertschöpfung jedoch immer noch gering aus. Durch eine stärkere Einbindung der Branche in Entwicklungskonzepte kann diesem Umstand entgegengewirkt und der lokale Wertschöpfungsanteil gesteigert werden.

In vielen Ländern zählen Reisende aus Deutschland zu den größten Gästegruppen. Deutsche Reiseveranstalter sind nicht nur wirtschaftlich engagiert, sondern fördern auch Ausbildung und Unternehmensgründungen - nicht nur im Tourismusbereich, sondern auch im Branchenumfeld (z.B. Handwerk, Landwirtschaft) und bei Zulieferern. Sie können so zur Nachhaltigkeit der afrikanischen Tourismuswirtschaft beitragen, nicht zuletzt beim Einsatz klimafreundlicher Technologien. Darüber hinaus kann durch von deutschen Reiseveranstaltern eingeforderte Umweltstandards in Afrika ein größeres Bewusstsein für Umweltbelange geschaffen werden.

### **d) Rohstoffprojekte politisch flankieren, Wertschöpfung vor Ort ermöglichen**

Viele afrikanische Staaten verfügen über große Vorkommen metallischer Rohstoffe wie Kobalt oder Platingruppenmetalle. Ohne diese Rohstoffe gäbe es keine

Elektromobilität, keine Digitalisierung, keine Industrie 4.0 und auch keine Energiewende. Allein aus diesen Gründen ist eine engere rohstoffpolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent dringend erforderlich. Unsere afrikanischen Partner können zudem eine entscheidende Rolle bei der Diversifizierung der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung einnehmen. Rohstoffreiche afrikanische Partner fordern jedoch zurecht ein, dass die Wertschöpfung des Rohstoffabbaus vor Ort erfolgt, um positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung zu generieren. So formuliert die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) gerade ihre eigene „Critical Minerals Strategy“, welche die Entwicklungsmöglichkeiten für den afrikanischen Kontinent stärker in den Fokus rückt und konkrete Ansatzpunkte für den Aufbau lokaler Wertschöpfung identifiziert. Hieran sollten deutsche und europäische Akteure anknüpfen und konkrete Projekte vorschlagen.

Damit sich die rohstoffgewinnende Industrie wieder spürbar auf unserem Nachbarkontinent engagiert, ist es entscheidend, dass die EU und Deutschland Rohstoffprojekte politisch und finanziell mit Nachdruck flankieren und eine nachhaltige Förderung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen forcieren, die vor Ort Arbeitsplätze schafft und einen Technologietransfer ermöglicht. Eine solche Rohstoffpolitik kann zu einer dauerhaften Entwicklung in den afrikanischen Ländern beitragen. Deshalb sollten hierfür auch die Mittel der „Global Gateway Initiative“ eingesetzt werden.

Die Bundesregierung sollte sich zudem für eine stärkere Integration von rohstoffreichen Ländern in Rohstoffinitiativen im Rahmen der G7 sowie in die Mineral Security Partnership (MSP) einsetzen, um mit diesen Ansätzen auch dazu beizutragen, die Rahmenbedingungen für die lokale Wertschöpfung zu verbessern.

**e) *Erneuerbare Energien und grüner Wasserstoff: Schlüsseltechnologien in der Breite zum Einsatz bringen***

In vielen afrikanischen Staaten sind die meteorologischen und klimatischen Bedingungen für den Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien ideal. Dies gilt damit auch für die Produktion von grünem, CO<sub>2</sub>-neutralem Wasserstoff, den eine Reihe von afrikanischen Staaten mittlerweile als Teil ihrer Energieinfrastruktur ausbauen wollen.

Deutschland wird wie viele andere Industriestaaten auf den Import von Energieträgern aus dem Ausland angewiesen bleiben – der Import fossiler Energieträger wird lediglich durch den Import grüner Energieträger wie Wasserstoff und Wasserstoffderivate ersetzt. Dies eröffnet Deutschland und afrikanischen Staaten neue Kooperationsfelder und Afrika zudem neue Markt- und Exportchancen. Auch wenn in einzelnen Staaten wie Namibia oder Marokko hohe Anfangsinvestitionen z.B. für den Bau von Hafeninfrastrukturen, Wasserentsalzungsanlagen oder chemischen Anlagen zur Umwandlung von Wasserstoff in Ammoniak erforderlich sind, so sind derartige Wasserstoffkooperationen gleich in mehrfacher Hinsicht sinnvoll: Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung afrikanischer Staaten, sie unterstützen den Technologietransfer und die Schaffung

zukunftsweisender lokaler Arbeitsplätze, sie fördern eine nachhaltige, CO<sub>2</sub>-arme wirtschaftliche Entwicklung und helfen, bestehende Energielieferbeziehungen zu diversifizieren.

Deshalb werden wir uns aktiv für den Aufbau einer Wasserstoffproduktion in jenen afrikanischen Staaten einsetzen, die Interesse an einer Zusammenarbeit in diesem Bereich haben. Mit wirtschaftlichen Anreizen und politischer Flankierung wollen wir Wasserstoff-Investitionen von deutschen und europäischen Unternehmen in den afrikanischen Markt leiten – Investitionen in eine Zukunftsbranche, die neue wirtschaftliche Impulse aussendet und eine klimaneutrale Wirtschaftsentwicklung in Afrika und Europa möglich macht.

## **(2) Deutschlands außen- und sicherheitspolitisches Engagement in Afrika neu definieren**

Seit mehr als zehn Jahren engagiert sich Deutschland im Rahmen von internationalen und multilateralen Missionen und Einsätzen auf dem afrikanischen Kontinent. Aufgrund der schwieriger werdenden Bedingungen in einigen Partnerländern sowie aufgrund der Zunahme der Ressentiments gegenüber Frankreich und der französischen Entscheidung, seine Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent zu reduzieren, muss das deutsche Engagement neu definiert und angepasst werden. Denn unser Interesse an Stabilität und Sicherheit in Afrika ist groß – auch, weil Instabilität und Unsicherheit unmittelbar spürbar für Europa sind. Und weiter gilt: Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung bedingen sich gegenseitig. Daher bleibt ein sicherheitspolitisches Engagement unerlässlich, um auch in anderen Bereichen Fortschritte zu erzielen.

Wir sollten multilaterale Ansätze dabei aber nicht nur mitfinanzieren und unterstützen, sondern auch verstärkt mitprägen. Um das zu leisten, braucht es eine offene und ehrliche Diskussion unserer eigenen Rolle und sicherheitspolitischen Interessen in der Region. Deutschland braucht eine Debatte darüber, wie viel Verantwortung wir übernehmen können und wollen und wo unsere wahren Potenziale für ein verstärktes sicherheitspolitisches Engagement liegen. Hieraus muss sich eine sicherheitspolitische Strategie im Umgang mit Afrika ableiten.

### ***a) Eine umfassende und umsetzbare Sahel-Strategie entwickeln***

Die jüngsten Entwicklungen in der Sahel-Zone sind besorgniserregend. Der zweifache Putsch in Mali und die Ankündigung der dortigen Machthaber, nicht mehr in demselben Maße wie zuvor mit der internationalen Staatengemeinschaft zu kooperieren, schaffen nicht nur ein Sicherheitsvakuum, sondern drohen das Land erneut in Stagnation und Instabilität zu stoßen. Auch Burkina Faso und Niger entwickeln sich nach Militärputschen immer stärker in diese Richtung, was es für uns deutlich schwerer macht, eine Zusammenarbeit mit diesen Staaten einzugehen. Dies hat bereits jetzt Auswirkungen auf die Sicherheitslage und gibt terroristischen Gruppierungen wieder einen größeren Operationsraum. Da die Entwicklungen in der Region unmittelbare Auswirkungen auf die Maghreb-Staaten haben

und darüber hinaus auch auf Europa, liegt eine Stabilisierung dieser Teilregion – trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen – im nationalen deutschen sowie im europäischen Interesse. Wichtig ist, dass der vernetzte Ansatz, bei dem militärische, diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Instrumente kohärent zusammenwirken, wieder gelebt und vollumfänglich umgesetzt wird. Dabei soll und muss die enge Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regionalorganisationen, allen voran der ECOWAS, handlungsleitend sein. Dies erfordert jedoch deutlich mehr politisches Engagement der Bundesregierung in der Region und einen in der Europäischen Union abgestimmten Handlungsrahmen. Hierfür tritt die CDU/CSU-Fraktion ein. Von der Bundesregierung erwarten wir schnellstmöglich die Vorlage einer neuen umfassenden, realistischen deutschen Sahel-Strategie als Grundbaustein einer europäischen Sahel-Strategie. Insbesondere durch die deutsche Präsidentschaft in der Sahel-Allianz ist dies von entscheidender Bedeutung. Eine solche Strategie muss auch dazu führen, dass uns regionale Entwicklungen nicht erneut überraschen oder unvorbereitet treffen. Die im Mai 2023 notdürftig zur Verlängerung des Mali-Mandats zusammengestellte Aktualisierung der Sahel-Strategie erfüllt diese Anforderungen nicht einmal im Ansatz.

**b) *Trainings-, Ausbildungsmissionen und Capacity Building fortführen und intensivieren***

Ansätze der sicherheitspolitischen Kooperation, die sich bewährt haben, sollten weitergeführt und intensiviert werden. Dazu gehören v.a. die Ertüchtigungsinitiative und die Weitergabe unserer Expertise und Erfahrung, die z.B. im Rahmen von Trainings- und Ausbildungsmissionen wie der Mission „Gazelle“ gesammelt wurden. In diesem Zusammenhang muss allerdings verstärkt darauf geachtet werden, die „lessons learnt“ vergangener Einsätze und Erfahrungen auch wirklich zu berücksichtigen und Fehler in der Herangehensweise zu vermeiden, wie sie z.B. im Rahmen der „EUTM Mali“ gemacht wurden. Das bezieht sich z.B. auf mangelnde Sprachkenntnisse der Soldaten im Einsatz, zu kurze Rotationszeiträume oder auch die mangelnde Realitätsnähe der umgesetzten Trainingszenarien.

**c) *Einen stärkeren Schwerpunkt auf Mediation und Konfliktprävention legen***

Mediation und die Eröffnung von Dialogkanälen sind bereits ein wichtiger Baustein unseres internationalen Engagements im Rahmen der Konfliktprävention und -lösung. Angesichts der positiven Wahrnehmung Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent wäre dies eine Möglichkeit, um mehr Verantwortung zu übernehmen. Deutschland könnte sich noch stärker als Drittpartei in formelle und informelle Verhandlungs- und Dialogprozesse einbringen, Friedensverhandlungen sowie die Umsetzung von Friedensabkommen stärken und dazu beitragen, Gesprächskanäle zu öffnen und Vertrauen zwischen Konfliktparteien herzustellen. Dies verlangt aber ein insgesamt größeres Engagement in der Afrikapolitik – auch auf Kabinettsebene. Vor diesem Hintergrund sollte sich Deutschland deutlich stärker präventiv einbringen. Anstatt nur auf Krisen zu reagieren, muss die

Bundesregierung besser antizipieren, wo Konflikt-"Hot Spots" der Zukunft entstehen könnten. Aus diesem Grund tritt die CDU/CSU-Fraktion dafür ein, dass Deutschland in West- und Ostafrika verstärkt auch mit militärischem (Verbindungs-)Personal Präsenz zeigt und in Strukturen der multilateralen Zusammenarbeit integriert ist.

Zudem zeigen verschiedene Studien, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit die Präsenz von mehr Frauen in der Konfliktprävention sowie auch Friedenssicherung langfristiger und effektiver zur Stabilisierung beitragen kann. Deswegen tritt die CDU/CSU-Fraktion auch hier für eine Stärkung der Position von Frauen ein.

#### **d) Die organisierte Kriminalität systematisch bekämpfen**

Im Kampf gegen den Terrorismus und den Dschihadismus wird die enge Verflechtung dieser Phänomene mit der organisierten Kriminalität noch nicht ausreichend berücksichtigt. Vor allem die Finanzierung extremistischer Aktivitäten ist eng mit der organisierten Kriminalität verbunden. Das gleiche gilt z.B. auch für den Zugang zu Waffen und Sprengstoff. Man kann diese beiden Strukturen nicht separat voneinander betrachten oder bekämpfen. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland seine Kapazitäten und Erfahrungen im Bereich der Strafverfolgung auch über Verbindungsbeamte des BKA noch intensiver dazu nutzen, gezielt die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Behörden zu verbessern, die für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zuständig sind. Das beinhaltet u.a. auch die Stärkung von Strukturen, die zur Bekämpfung illegaler Finanzströme dienen.

#### **e) Governance-Strukturen auf lokaler Ebene stärken**

Die Stärkung der Kapazitäten von regionalen Organisationen (u.a. AU und ECO-WAS) und die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten untereinander werden auch in Zukunft von großer Bedeutung sein. Dennoch können diese Organisationen auf Grund komplexer Strukturen und innerer Konflikte oft nicht schnell und effizient genug agieren. Evaluiert man die sicherheitspolitischen Ansätze der letzten zehn Jahre, zeigt sich, dass vor allem solche Interventionen (relativ) erfolgreich und nachhaltig waren, die die lokale Akteursebene aktiv einbezogen und angesprochen haben. Vor diesem Hintergrund könnte Deutschland einen größeren Beitrag zur Stärkung von lokalen Ressourcen der Konfliktbearbeitung leisten. Das beinhaltet z.B. die Bereitstellung und Unterstützung von Dialogformaten zwischen Staat und lokalen Akteuren als vertrauensbildende Maßnahme. Auch die Identifizierung und Stärkung von Strukturen und Akteuren, die zur Resilienz von Gemeinschaften beitragen (inkl. der Berücksichtigung von Frauen und Jugendgruppen) spielt hier eine wichtige Rolle. Die Kapazität dieser Akteure im Bereich der Mediation sowie des inter- und intrakommunalen Dialogs sollte gestärkt werden. Ein Zugriff auf die entsprechenden Netzwerke ist i.d.R. durch das jahrzehntelange Engagement Deutschlands in vielen afrikanischen Partnerländern gegeben.

#### **f) *Afrikanisches Engagement im UN-Sicherheitsrat unterstützen***

Neue afrikanische Mitglieder sollten Angebote erhalten, mit denen sie in ihrer Rolle im UN-Sicherheitsrat durch Capacity Building unterstützt werden – u. a. durch Schulungen von Diplomaten, einen Erfahrungsaustausch und eine Stärkung der Kooperation innerhalb der UN-Strukturen untereinander. Schon vor dem Antritt ihrer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat sollte es einen institutionalisierten Austausch geben, wie gemeinsame Ziele zwischen europäischen und afrikanischen Mitgliedern des Sicherheitsrates strategisch verfolgt werden können.

#### **g) *In der Rüstungszusammenarbeit neue Wege gehen***

Auch politisch und militärisch versuchen Staaten wie Russland und China, auf die Ausrichtung afrikanischer Staaten einzuwirken. Dabei spielt gerade die Rüstungskoope-ration eine wichtige Rolle. Auch in diesem Bereich müssen wir mehr Flexi-bilität und Pragmatismus zeigen, die Rüstungskoope-ration als ein gestaltendes Element der Außen- und Sicherheitspolitik begreifen und afrikanischen Partnern entsprechende Angebote unterbreiten. Exportkontrollmechanismen müssen sich in die Afrikapolitik einfügen und dürfen diese nicht behindern.

### **(3) *Alte und neue entwicklungspolitische Dimensionen umfassend be-rücksichtigen***

#### **a) *Ernährungssicherheit als Grundlage für politische Stabilität***

Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht. Die Stabilität und Leistungsfähig-keit eines Staates hängen stark von der Ernährungssicherheit ab. Laut Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) muss die landwirt-schaftliche Produktion um 60 Prozent steigen, damit die Welt im Jahr 2050 noch ernährt werden kann.

Besonders großes Potenzial dafür liegt auf dem afrikanischen Kontinent, der über mehr als ein Viertel der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Fläche verfügt. Aber lediglich 20 Prozent davon werden entsprechend genutzt, so dass der afrika-nische Kontinent aktuell auf Getreidelieferungen aus anderen Weltregionen ange-wiesen ist. Darüber hinaus erzielen die landwirtschaftlich genutzten Flächen in Afrika weniger als die Hälfte des Ertrags der bewirtschafteten Agrarflächen in der EU und den USA. Bei einer besseren Nutzung der in Afrika vorhandenen Ressour-zen könnte der Kontinent seinen Nahrungsmittelbedarf nicht nur eigenständig decken, er hätte auch das Potenzial, zu einem Lebensmittelexporteur für die Welt zu werden.

Klimarobusteres Saatgut, widerstandsfähigere Pflanzen, moderne Bewässerungs-, Kühl- und Lagertechnik, eine Mechanisierung der Landwirtschaft und in einzel-nen Ländern auch neueste Techniken, Präzisionslandwirtschaft und Digitalisie-rung reduzieren Afrikas Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und steigern die Resilienz des Kontinents. Durch eine nachhaltige Intensivierung der

Landwirtschaft wird nicht nur die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln verbessert, sondern es werden auch neue Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette im ländlichen Raum geschaffen.

Eine finanziell tragfähige, mechanisierte und gemeinschaftlich organisierte Landwirtschaft, z.B. über Maschinenringe, trägt in erheblichem Maße dazu bei, den ländlichen Raum als attraktives Arbeits- und Lebensumfeld mit Bleibeperspektiven gerade für junge Menschen zu stärken. Mit über 130 Maschinenringen im Senegal und in Kenia sowie ca. 30.000 darin organisierten überwiegend kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betrieben gibt es seit 2018 funktionierende Beispiele, wie hohe Ertragssteigerungen durch eine lokal angepasste Mechanisierung erreicht werden können. Diese Strukturen gilt es mit Hilfe der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen.

### ***b) Gesundheit als Grundlage nachhaltiger menschlicher Entwicklung***

Ernährung, Gesundheit und Bildung sind die Grundlage für die menschliche Entwicklung. Als drittgrößter Partner mit einem auch im multilateralen Bereich starken finanziellen Fußabdruck genießt Deutschland in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Stärkung der globalen Gesundheit einen guten Ruf, den wir erhalten und festigen wollen. Viele afrikanische Länder verfügen jedoch nicht über eine umfassend ausgebauten medizinischen Infrastruktur. In den Ländern, in denen dies der Fall ist, ist sie für breite Teile der Bevölkerung nicht zugänglich. Deshalb sollte Gesundheit ein Schwerpunkt der deutschen bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika bleiben. Dabei geht es darum, Gesundheitssysteme zu stärken, die allen Menschen den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen ermöglichen ("Universal Health Coverage"). Zudem streben wir eine stärkere Förderung und Zusammenarbeit im Bereich der Forschung an, etwa bei spezifischen Krankheitserregern (z.B. von vernachlässigten Tropenkrankheiten). Wir wollen gemeinsam mit afrikanischen Staaten an der Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen Pandemien arbeiten (z.B. im Rahmen des geplanten Pandemievertrags der WHO).

### ***c) Rechte der Frauen und Mädchen stärken***

Frauen und Mädchen sind auch auf dem afrikanischen Kontinent überdurchschnittlich von Armut, Hunger und Gewalt betroffen. Sie haben in vielen Ländern einen schlechteren Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung. Trotzdem sind sie die treibende Kraft für Wirtschaftswachstum, Innovation, Bildung und Ernährungssicherung: Frauen in der Landwirtschaft tragen zu 80 Prozent der Nahrungsmittelversorgung bei, ein Großteil der Krankenschwestern und des lokalen Gesundheitspersonals besteht aus Frauen. Frauen investieren zudem einen größeren Anteil des verfügbaren Einkommens in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder als Männer. Damit tragen sie auch langfristig zu mehr Wohlstand und zur Bekämpfung der Armut bei. Frauen sind damit wichtige Träger von Entwicklung. Ihre Bildung, Gesundheitsversorgung und gesellschaftliche Teilhabe gezielt zu fördern, ist zentraler Faktor für nachhaltige Entwicklung. Die

CDU/CSU-Fraktion hat schon in vergangenen Legislaturperioden Frauen und Mädchen als Träger nachhaltiger Entwicklung gefördert und ihre Gleichstellung als einen wichtigen Teil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit behandelt. Diese Politik gilt es fortzusetzen: Die Rechte von Frauen und Mädchen sowie ihre Interessen und Anliegen müssen auch künftig und insbesondere auf dem wachsenden, jungen Kontinent Afrika gestärkt werden.

***d) Zusammenarbeit in Bildung und Forschung als Schlüssel für eine zukunftsgeleitete Partnerschaft begreifen***

Bildungsförderung nicht einseitig ausrichten

Die Bildungsförderung ist ein entscheidender Faktor, um die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen zu vergrößern. Aktuell werden jedoch weniger als drei Prozent der für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika bereitstehenden Finanzmittel für schulische und berufliche Bildungsprojekte ausgegeben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bildungsförderung in der deutschen Afrikapolitik einen höheren Stellenwert erhält.

Die BMZ-Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die von Unternehmen vor Ort geförderten und betriebenen Programme zur beruflichen Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sollten jedoch vorrangig behandelt werden, weil sie im Gegensatz zu beruflichen Bildungsprojekten der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. vom BMZ initiierte Berufsschulen ohne unternehmerische Anbindung) tatsächliche Beschäftigungsperspektiven in den jeweiligen Unternehmen eröffnen. Wir sprechen uns zudem dafür aus, Deutschlands entwicklungspolitisches Engagement – ggfs. auch über internationale Organisationen – bei der schulischen Grundausbildung (v.a. Lesen, Schreiben, Rechnen) erheblich auszuweiten, so wie es auch von vielen afrikanischen Staaten immer wieder auf deutscher Seite nachgefragt wird.

Eine gezielte Fachkräfte- und Bildungsmigration ermöglichen, neue Stipendienprogramme für junge Afrikaner schaffen

Wir setzen uns dafür ein, neue Modelle für reguläre Wege der Fachkräfte- und Bildungsmigration aus afrikanischen Staaten zu entwickeln und umzusetzen. Denn eine gezielte Migration von Fachkräften und qualifizierten Personen aus Afrika nach Europa bringt Vorteile für beide Seiten mit sich. Dies beinhaltet auch eine stärkere Zusammenarbeit im Bildungsbereich, so dass (Fach-)Hochschulen mit afrikanischen Hochschulen enger zusammenarbeiten und Studierende in den Partnerhochschulen ein Auslandssemester durchführen können. BMBF-Initiativen wie das 2021 gestartete Master-Graduierten-Schulprogramm zu grünen Wasserstoff-Technologien für Studierende der ECOWAS-Staaten müssen ausgebaut werden. Dies kann jedoch nicht voraussetzungslos geschehen. Um legale Migrationswege im Fachkräfte- und Bildungsbereich zu ermöglichen, streben wir Migrationspartnerschaften an, die eng an die völkerrechtlich bestehende Pflicht zur

Rückübernahme der eigenen Staatsangehörigen und an die Bereitschaft zum Abschluss entsprechender Rückübernahmeabkommen gekoppelt sind.

Deutsche Stipendien für junge Afrikaner sollten als strategische Investition angesehen werden. Die Programme hierfür sollten aus- und in keinem Falle abgebaut werden, wie es derzeit geschieht. Denn andere Staaten unterstreichen die strategische Bedeutung entsprechender Programme: China vergibt derzeit so viele Stipendien an junge Afrikaner wie die gesamte restliche Welt zusammen.

#### Forschungszusammenarbeit weiter stärken und ausbauen

Zurzeit gibt es nur wenige Länder in Afrika, die sich intensiv um den Ausbau von Forschungsinfrastruktur und Spitzenforschung bemühen. Dabei gibt es ein großes Potential, mithilfe der Wissenschaft zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie der Energiewende und der Bekämpfung von vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten beizutragen. Die gemeinsame Arbeit von deutschen Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit afrikanischen Partnern setzt hier an und ist für beide Seiten äußerst vielversprechend. Der Aufbau wissenschaftlicher Kooperationsstrukturen schafft nachhaltige Netzwerke und stärkt die regionale und kontinentale Zusammenarbeit. Die Umsetzung von gemeinsamen Forschungsthemen in die Praxis hebt Innovationspotentiale und hilft, Wertschöpfungsketten aufzubauen. Diese Zusammenarbeit gilt es weiterhin zu fördern und ausreichend Mittel für ihre Intensivierung bereitzustellen. Themenschwerpunkte sind hierbei die Felder Stadtentwicklung, Bioökonomie, Nahrungsmittelerzeugung und -verarbeitung, Logistik und Verkehr, Gesundheit sowie Energieerzeugung. Gerade bei der Produktion von grüner Energie, insbesondere grünem Wasserstoff, werden eigene Systeme aufgebaut werden müssen und Forschung und Entwicklung vor Ort stattfinden. Durch Kooperation kann auch hier Wissens- und Technologietransfer in beide Richtungen entstehen. Diese Chance muss genutzt werden.

#### Goethe-Institute: Die Vermittlung der deutschen Sprache wieder in Mittelpunkt der Tätigkeit rücken

Sprache ist der Schlüssel zu Kultur! Die hohen Gebühren für den Spracherwerb beim Goethe-Institut und anderen entsprechenden Einrichtungen sind häufig eine große Hürde für das Erlernen der deutschen Sprache. Hier müssen die Kosten gesenkt werden, um mehr Menschen einen Zugang zur deutschen Sprache zu ermöglichen. Immer wieder zeigt sich auch, dass der Fokus der Goethe-Institute weit überwiegend auf der Ausrichtung kultureller und Netzwerk-Veranstaltungen liegt, statt sich auf die Vermittlung der deutschen Sprache zu konzentrieren. Dies muss sich ändern. Es bedarf einer Rückbesinnung auf die Kernaufgabe - die Vermittlung der deutschen Sprache. Die Vermittlung der deutschen Sprache sollte auch für die Gewinnung hochqualifizierter Fachkräfte genutzt werden. Denn wir befinden uns im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

**e) Beitrag zum Klimaschutz und zur Bewahrung der Schöpfung**

Das Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet dessen Unterzeichnerstaaten, neben eigenen ambitionierten Emissionsminderungen auch Entwicklungsländer mittels der sog. Klimafinanzierung bei Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen. Deutschland leistet hier substanzielle Beiträge, die auch künftig fortgesetzt werden müssen. Deutschland sollte aufbauend auf der guten bisherigen Bilanz der vorherigen Bundesregierung einen angemessen hohen deutschen Klimafinanzierungsbeitrag leisten, um Entwicklungsländer bei Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen wirksam zu unterstützen und dabei die Maßnahmen innerhalb der Bundesregierung eng abstimmen, um einen kohärenten Außenauftritt zu erreichen.

Die zunehmend spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auch gerade in Afrika (Wetterextreme, Hitze, Dürren, Überschwemmungen, Rückgang von Erträgen in der Landwirtschaft, Verwüstung) unterstreichen das. Die CDU/CSU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Deutschland auch künftig eine Führungsrolle als Klimafinanzierer weltweit, aber auch gerade in Afrika einnimmt. In besonderer Weise geht es auch darum, in Zusammenarbeit mit den betroffenen afrikanischen Staaten nach gemeinsamen innovativen Lösungen zu suchen. Das umfasst Projekte klimafreundlicher wirtschaftlicher Entwicklung genauso wie beispielsweise Vorhaben, die den Wald des Kongo-Beckens als letzte große verbliebene Netto-CO<sub>2</sub>-Senke erhalten.

**f) Für ein nachhaltiges und belastbares Schuldenmanagement eintreten, zentrale Akteure (u.a. China) in die Verantwortung nehmen**

Während der Covid-Pandemie erlebte Afrika seine erste Rezession seit über 25 Jahren. Sinkende Staatseinnahmen schränkten die Spielräume zur staatlichen Refinanzierung, etwa von Infrastrukturprojekten, erheblich ein und führten gleichzeitig dazu, dass viele afrikanische Staaten auch keine konjunkturellen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession ergreifen konnten. Die Folgen sind eine Schuldenkrise und Überschuldung einzelner afrikanischer Staaten, die die Investitionsbereitschaft und -möglichkeiten von privater und staatlicher Seite massiv reduzieren und den wirtschaftlichen Aufschwung über viele Jahre deutlich abschwächen könnten – mit negativen Folgen etwa für die Armutsbekämpfung, den Bildungssektor oder das Gesundheitssystem in den betroffenen Staaten.

In den vergangenen Jahren haben immer mehr private Kreditoren, aber auch neue staatliche Geber, allen voran China, Kredite an afrikanische Länder vergeben. So lag Chinas Anteil an den Krediten, die zwischen 2007 und 2017 an afrikanische Staaten vergeben wurden, bei geschätzten 40 Prozent. Mit einem durchschnittlichen Anteil von zwölf Prozent an der privaten und öffentlichen Auslandsverschuldung afrikanischer Länder ist China heute zumeist der größte bilaterale Gläubiger, wenngleich der Anteil von Staat zu Staat sehr stark schwankt (Angola: 40 Prozent -

18 Mrd. US-Dollar; Ghana 6 Prozent- 1,7 Mrd. US-Dollar). Damit ist offensichtlich: Ein nachhaltiges Schuldenmanagement und eine mögliche Entschuldung afrikanischer Staaten können nur mit allen Beteiligten, einschließlich China, erreicht werden.

Einzelne afrikanische Staaten sind derzeit in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten und können ihre Kredite nicht mehr bedienen. Sie benötigen schnelle Umschuldungen, ggf. Schuldenerlasse und Zugang zu geeigneten Finanzmitteln, um Zahlungsausfälle zu verhindern und ihre finanzpolitische Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass es auf dem Pariser Klima- und Finanzgipfel der G20-Staaten im Juni 2023 unter dem chinesisch-französischem Vorsitz gelungen ist, eine Schuldenrestrukturierung für Sambia in Höhe von 6,3 Mrd. US-Dollar auf den Weg zu bringen. Damit hat der sogenannte „Common Framework for Debt Treatments“ der G20, der im Jahr 2020 geschaffen wurde, seine Praxistauglichkeit erstmals unter Beweis gestellt.

Wir erkennen an, dass sowohl China als auch die westlichen Geberländer bei der Bewältigung der Schuldenkrise in Afrika ihrer Rolle als zentrale Kreditgeber auf dem afrikanischen Kontinent noch stärker gerecht werden müssen und in der Verantwortung stehen, dazu beizutragen, den Staatsbankrott weiterer afrikanischer Länder abzuwenden.

Wir setzen uns dafür ein, mehr Transparenz über die Höhe und Bedingungen bestehender Kreditverträge mit afrikanischen Staaten zu schaffen, und fordern insbesondere die neuen Geberländer auf, ebenfalls die notwendige Offenheit eingegangener Kreditverträge zu ermöglichen. Sie ist Grundlage für ein nachhaltiges Schuldenmanagement und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern und der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern, einen stärkeren Einfluss auf ihre Regierungen und deren Schuldenmanagement zu nehmen sowie Korruption und Missmanagement aufzudecken.

Wir wollen, dass Deutschland gemeinsam mit internationalen Partnern und den internationalen Finanzinstitutionen afrikanischen Staaten eine stärkere fachliche Unterstützung anbietet, um ihre Schulden neu zu strukturieren und ein nachhaltiges Schuldenmanagement zu erreichen. Dies beinhaltet auch rechtliche Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten mit privaten Gläubigern.

Wir sprechen uns für eine umfassende Reform der Umschuldungsmechanismen aus. Dabei gilt es, China sowie andere Gläubigerstaaten, die nicht Mitglied des Pariser Clubs der staatlichen Gläubiger sind, und auch die immer bedeutender werdenden privaten Gläubiger umfassend in Umschuldungsmechanismen einzubeziehen. Nur so werden überschuldete afrikanische Staaten den notwendigen finanziellen Spielraum zurückgewinnen.

**g) *Einen partnerschaftlichen Umgang mit afrikanischen Staaten pflegen***

Eine grundlegende Kenntnis der Genese handlungsleitender Positionen in Afrika ist Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit unseren Partnern. Auch deshalb ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit historischen sowie soziokulturellen Aspekten notwendig. Die Überraschung vieler Entscheidungsträger im Westen über die hohe Anzahl von Enthaltungen bei den UN-Abstimmungen zur Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine zeigt vor allem, dass die historischen und auch die aktuellen Bezüge und Referenzrahmen für Politiker in Afrika nicht ausreichend wahrgenommen werden und Berücksichtigung finden. Beispielsweise wurden viele Entscheidungsträger in Moskau ausgebildet und unterhalten enge persönliche Beziehungen zu Russland. Zudem spielt Russland als Rüstungslieferant eine essenzielle Rolle auf dem Kontinent. Daraus folgt, dass wir unsere Präsenz in Afrika umfassend ausbauen müssen, durch eine personell bessere Aufstellung der deutschen Auslandsvertretungen in Afrika, eine Stärkung der Wissenschaftsinstitutionen mit Afrika-Bezug in Deutschland sowie durch den Ausbau von Jugendaustauschen und Städtepartnerschaften.

**h) *Eine Kommunikationsoffensive starten***

Wir brauchen eine aktive, einfache und selbstbewusste Kommunikation in die afrikanischen Gesellschaften hinein. Zum einen müssen wir Desinformationen und falschen Narrativen proaktiv entgegentreten (z.B. durch die umfassende Unterstützung von lokalen Fakten-Check-Organisationen und eine Intensivierung der Medienzusammenarbeit). Zum anderen braucht es eine Kommunikationsoffensive, die nicht nur bei den Eliten, sondern auch bei der Bevölkerung ankommt. Deutsches und europäisches Engagement muss als solches wahrgenommen werden (Stichwort: „Team-Europe Ansatz“).

In diesem Zusammenhang sollte Deutschland seine mediale Präsenz in Afrika ausbauen (z.B. Deutsche Welle) und prüfen, in welchen afrikanischen Ländern eine Kooperation mit europäischen Auslandssendern einen höheren, positiv konnotierten „Outreach“ möglich macht. Nur so werden wir genügend mediale Schlagkraft im Wettbewerb mit systemischen Rivalen wie China und Russland entwickeln können. Dabei müssen die politischen Stiftungen als Bezugsorganisationen zu den Zivilgesellschaften vor Ort eine wichtige Rolle spielen.

**(4) *Die Umsetzung einer neuen Afrikapolitik: Leistungsfähigere institutionelle Strukturen schaffen, Wissensbasis verbreitern***

Afrikas geopolitische Relevanz ist bereits heute herausragend und wird in den kommenden Jahren weiter wachsen. Deshalb muss unser Nachbarkontinent zur Chefsache werden. Wir sprechen uns dafür aus, einen Beauftragten im Bundes-

kanzleramt einzusetzen, der die afrikapolitischen Aktivitäten der Bundesregierung koordiniert.

Die Bundesregierung verfügt bis heute über keine ressortabgestimmte, geschweige denn kohärente Strategie im Umgang mit Afrika. Vielmehr haben die einzelnen Ministerien verschiedene Afrika-Strategien oder afrikapolitische Ansätze erarbeitet, die sich in Teilen widersprechen. Angesichts politischer Spannungen in der Welt und der Konfliktlage in der Sahelzone muss die Bundesregierung endlich eine neue und umfassende Afrikastrategie auf den Weg bringen.

Für evidenzbasierte Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sind zuverlässige und fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse unabdingbar. An diesen mangelt es jedoch, wenn wir unseren Blick nach Afrika richten. Eine an aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ausgerichtete Afrikaforschung ist in Deutschland kaum vorhanden. Ziel muss sein, in diesen beiden Bereichen ein viel tiefergehendes Verständnis afrikanischer Strukturen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das in der letzten Legislaturperiode gescheiterte Projekt der Gründung eines eigenen Instituts für angewandte Afrikawissenschaften nach dem Vorbild von MERICS wieder aufgenommen wird.

Wir sprechen uns zugleich dafür aus, die finanziellen Mittel für das in der letzten Legislaturperiode geschaffene wirtschaftswissenschaftliche Cluster „Afrikaforschung“ zu verstetigen und zu erhöhen, weil es volks- und betriebswirtschaftliche Ansätze enthält, die unternehmerische Perspektive umfassend in den Blick nimmt sowie die staatlichen und privaten Schlüsselakteure und deren Rolle näher untersucht. Diese Forschung ist mit der Schaffung eines Instituts für angewandte Afrikawissenschaften hierhin zu übertragen.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Thorsten Frei MdB  
Stefan Müller MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin